

Offener Brief an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und die Landwirtschaftsminister*innen der EU-Mitgliedstaaten

Sehr geehrte Frau Ministerin Klöckner,

Sehr geehrte Vorsitzende des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung im Europäischen Parlament,

Am 17. April 2020 werden wir den Internationalen Tag des kleinbäuerlichen Widerstands begehen. Im Zusammenhang mit Covid-19 wurde erneut zum einen die Verwundbarkeit des gegenwärtigen globalisierten Ernährungssystems, das von der industriellen Landwirtschaft dominiert wird, deutlich. Zum anderen werden die Gefahren aufgezeigt, die dieses System für alle Lebensformen bedeutet. Wir müssen aus dieser Krise lernen und in den Aufbau widerstandsfähiger, lokaler und regionaler, vielfältiger Ernährungssysteme investieren. In diesem Zusammenhang wollen die European Coordination Via Campesina (ECVC) und ihre Mitgliedsorganisationen zusammen mit URGENCI, dem European Shepherds Network (ESN), FIAN und Friends of the Earth Europe (FoEE) als Teil der Nyéléni-Bewegung für Ernährungssouveränität in Europa und Zentralasien (Nyéléni ECA) eine klare Botschaft aussenden: Bauern, Bäuerinnen sowie kleine und mittlere Nahrungsmittelproduzent*innen werden gebraucht, um Ernährungssouveränität zu gewährleisten. Sie produzieren weiterhin Lebensmittel, ernähren die Menschen und sichern in diesen Krisenzeiten mehr denn je die nationale und regionale Lebensmittelversorgung. Bäuerinnen und Bauern in ganz Europa sind Teil eines großen, entwickelten Netzwerks. Diese Gemeinschaften ernähren die Menschheit seit Generationen und nutzen dabei das Wissen, die Erfahrung und die Expertise von Generationen. Dennoch werden sie gegenwärtig ignoriert und benachteiligt. Heute setzen sich viele von ihnen dafür ein, um dies zu ändern. Wir appellieren an Sie, Ihre Verantwortung als Entscheidungsträger*innen wahrzunehmen und auf ihre Analysen und Forderungen zu hören.

Auf europäischer Ebene widersprechen und behindern viele EU-Politiken die von der EU selbst gesetzten Ziele. Europa hat sich den Interessen der Globalisierung und der internationalen Märkte unterworfen. Der *Green Deal* steht der fortgesetzten Aushandlung von Freihandelsabkommen gegenüber. Dies widerspricht jeder realistischen und glaubwürdigen Absicht, Klimaneutralität zu erreichen. Die EU hat versprochen, bei ihren Reformen und Transformationen niemanden zurückzulassen, aber sie versäumt es, in der *Gemeinsamen Agrarpolitik* (GAP) die sozialen Bedingungen zu berücksichtigen, die nötig wären, um zum Beispiel angemessene Löhne und Bedingungen für erwerbstätige Wanderarbeiter*innen auf dem Land garantieren zu können. Sie hat sich verpflichtet, Nahrungsmittel nachhaltig zu produzieren, weigert sich aber, den Landwirt*innen faire Preise zu garantieren, da es keine Markt- und Preisregulierung gibt. Ebenfalls ist für die Verbraucher*innen keine Ernährungsgerechtigkeit gegeben. Es muss viel mehr Nachdruck darauf gelegt werden, den Zugang zu frischen, nahrhaften, agrarökologisch angebauten Lebensmitteln für alle zu fördern, auch für sozial ausgegrenzte und gefährdete Bevölkerungsgruppen. Indem sie sich nur auf Einzelheiten in jedem Sektor konzentriert, ist die EU nicht in der Lage, das Gesamtbild zu betrachten. Sie versäumt es dadurch, ihre Ziele in einer ganzheitlichen und allumfassenden Weise anzugehen. Stattdessen hört sie auf diejenigen, die am lautesten schreien können: multinationale und industrielle Unternehmen. Die bäuerliche Stimme derer, die jeden Tag die Realität der EU-Politik ausbaden, wird von profitorientierten Privatinteressen übertönt. Diese Politik zerstört Tausende und Abertausende von Kleinbetrieben, was infolge die Ernährungssicherheit der

gesamten Bevölkerung gefährdet.

Die EU missachtet derzeit ihre Verantwortung gegenüber ihren Bürger*innen, Verbraucher*innen, kleinen und mittleren Erzeuger*innen sowie bäuerlichen Familienbetrieben und Landarbeiter*innen, um diese privaten Interessen zu schützen und durchzusetzen. Sie hat sich ehrgeizige Ziele gesetzt, die radikale und systematische Änderungen der Politik und der Prioritäten erfordern. Doch sie scheint nicht bereit zu sein, diese Änderungen auch vorzunehmen. Sie erlaubt kurzfristige Gewinne, die die Gesundheit und das Wohlergehen von Milliarden von Menschen auf der ganzen Welt gefährden und die Zukunft des Planeten selbst bedrohen.

Wir stellen daher die folgenden Forderungen an die Institutionen, in der Hoffnung, dass sie bereit sind, die von ihnen selbst gesetzten Prioritäten umzusetzen:

1. Einrichtung eines EU-Verfahrens zur Reaktion auf die COVID-19-Pandemie, an dem Vertreter*innen der europäischen Bauernverbände, insbesondere der kleinen und mittleren Produzent*innen (Bäuer*innen, Hirt*innen, Fischer*innen usw.), beteiligt sind.
2. Vollständige Umsetzung der UN-Erklärung der Rechte von Bauern, Bäuerinnen und anderer Menschen, die in ländlichen Gebieten arbeiten (UNDROP).
3. Nutzung der Umsetzung des *Green Deal* und der *Farm to Fork*- und Biodiversitätsstrategien, um Ernährungssouveränität und Ernährungssicherheit für die europäische Bevölkerung so lokal wie möglich zu gewährleisten und qualitativ hochwertige, gesunde, nahrhafte und frische Lebensmittel für alle bereitzustellen. Dabei ist Ernährungsgerechtigkeit im Rahmen wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Gerechtigkeit zu gewährleisten.
4. Eine kohärente GAP-Reform, die lokale Agrarmärkte erleichtert und gewährleistet, dass Kleinbauern und Kleinbäuerinnen ein stabiles und angemessenes Einkommen erhalten.
5. Eine Agrar-, Arbeits- und Sozialpolitik, die angemessene Löhne und Arbeitsbedingungen für Landarbeiter*innen garantiert und sie vor Missbrauch und Entlassung schützt. Sie muss spezifische, angemessene Maßnahmen für Saisonarbeiter*innen und vertriebene Migrant*innen mit Dokumentenproblemen oder prekärem Aufenthaltsstatus enthalten.
6. Lösung der Ungereimtheiten und Widersprüche innerhalb der EU-Politik, einschließlich der Beendigung von Freihandelsabkommen.
7. Stopp aller Versuche zur Deregulierung von GVO, einschließlich der neuen Genomiktechniken durch strikte Umsetzung der geltenden GVO-Gesetzgebung der EU und ein Verbot von Patenten auf Pflanzen und Tiere.
8. Garantierter, fairer Zugang zu Land für alle, durch den Entwurf und die Umsetzung einer EU-Landrichtlinie und Berücksichtigung sozialer und ökologischer Formen der Landnutzung.
9. Förderung der Zivilgesellschaft innerhalb der internationalen Institutionen und Organisationen wie den FAO-Diskussionen über nachhaltige Ernährungssysteme, Ernährung und Agrarökologie.

Um wirklich zu gewährleisten, dass die Rechte von Bauern, Bäuerinnen, Viehzüchter*innen, kleinen und mittleren Nahrungsmittelproduzent*innen und Bürger*innen respektiert werden, sind lokale, nationale und regionale Regierungen auch dafür verantwortlich, eine Politik und Regulierungen umzusetzen, die diese Ziele erleichtern. Sie müssen denen, die weiter oben in der Kette stehen, zeigen, dass es einen echten Wunsch und eine echte Initiative gibt, unsere Ziele zu erreichen und unsere Forderungen umzusetzen.

Die Rechte der Bauern und Bäuerinnen sind Menschenrechte. Prinzipien zur Umsetzung von Menschenrechten erfordern, dass in erster Linie die Rechte derer zu gewährleisten sind, die diskriminiert und marginalisiert werden. Wir fordern Sie daher auf, die EU-Politik so anzupassen, dass vor allem die Bauern, Bäuerinnen und andere kleine Lebensmittelproduzent*innen davon profitieren. Dies muss im Einklang mit der dringenden Politik zur Eindämmung des Klimawandels in Übereinstimmung mit dem Pariser Klimaschutzabkommen und des Verlusts der biologischen Vielfalt geschehen.

Wirkliche Ergebnisse brauchen wirkliche Veränderungen, und an diesem kritischen Punkt der Geschichte läuft uns die Zeit davon und die Optionen gehen aus. Bauern, Bäuerinnen und kleine Nahrungsmittelproduzent*innen bieten eine sofort verfügbare, bewährte Möglichkeit, den Planeten nachhaltig zu ernähren, indem sie Methoden anwenden, die dazu beitragen, den Klimawandel abzuschwächen, mehr Arbeitsplätze in ländlichen Gebieten zu schaffen und die Vielfalt unseres Planeten und unserer Gesellschaft zu schützen. Wir stehen an einem Scheideweg, der über die Zukunft jedes einzelnen Menschen auf dem Planeten entscheiden wird. Wir fordern die politisch Verantwortlichen auf, sich von den Bauern, Bäuerinnen und kleinen Nahrungsmittelproduzent*innen auf dem Weg, den sie so gut kennen, führen zu lassen, um diese Ziele zu erreichen: La Via Campesina, der bäuerliche Weg.

Unterzeichner*innen des englischen Originalbriefs

Regionale und internationale Organisationen

ECVC - European Coordination Via Campesina
Nyéléni ECA- Nyéléni Food Sovereignty Movement in Europe and Central Asia
ESN - European Shepherd Network
WAMIP - World Alliance of Mobile Indigenous People
WFFP - World Forum of Fisherpeople
URGENCI - the International Network of Community Supported Agriculture
The Sami Heritage and Development Fund/ member of Aboriginal Forum
CSIPN - Center for Support of Indigenous Peoples of the North
FoEE - Friends of the Earth Europe
FIAN International
TNI - Transnational Institute
CEO- Corporate Europe Observatory
Action Aid
Slow Food Europe
Fair Trade Advocacy Office
Organisators of the European Citizens' Initiative 'Save Bees and Farmers

Nationale Organisationen

ACTUAR, Portugal
FIAN offices (Germany, Austria, Portugal, Sweden)
MATM, Belgium
GAIA-Environmental Action and Intervention Group, Portugal
Welthaus Graz, Austria
Realimentar, Portugal
CEO, Belgium
Le Réseau des GASAP, Belgium

Rencontre des Continents, Belgium
ANP | WWF Portugal
Voedsel Anders Nederland, The Netherlands
Ecologistas en Accion, State of Spain
Local Association of Public Unions of Indigenous Peoples of the
North
The Association for Farmers Rights Defense, AFRD, Georgia
Schola Campesina, Italy
Zan va Zamin, Tajikistan
Agroecology In Action, Belgium

Wissenschaft

Sociology and Peasant Studies Institute / Instituto de Sociología y Estudios
Campesinos (ISEC) - University of Córdoba
Michel Pimbert, Centre for Agroecology, Water and Resilience, CAWR, UK
Priscilla Claeys, Centre for Agroecology, Water and Resilience, CAWR, UK
Barbara Van Dyck, Centre for Agroecology, Water and Resilience, CAWR, UK
Colin Anderson, Centre for Agroecology, Water and Resilience, CAWR, UK
Chris Maughan, Centre for Agroecology, Water and Resilience, CAWR, UK
Jessica Milgroom, Centre for Agroecology, Water and Resilience, CAWR, UK
Janneke Bruil, Centre for Agroecology, Water and Resilience, CAWR, UK
Georges Felix, Centre for Agroecology, Water and Resilience, CAWR, UK
Joshua Brem-Wilson, Centre for Agroecology, Water and Resilience, CAWR, UK
Priscilla Claeys, Centre for Agroecology, Water and Resilience, CAWR, UK
Csilla Kiss, Centre for Agroecology, Water and Resilience, CAWR, UK
Claire Lamine, sociologist
Jessica Duncan, Rural Sociology, Wageningen
University